



Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland: Bremst oder beschleunigt das Recht?

IRDT Lecture

13.07.2021

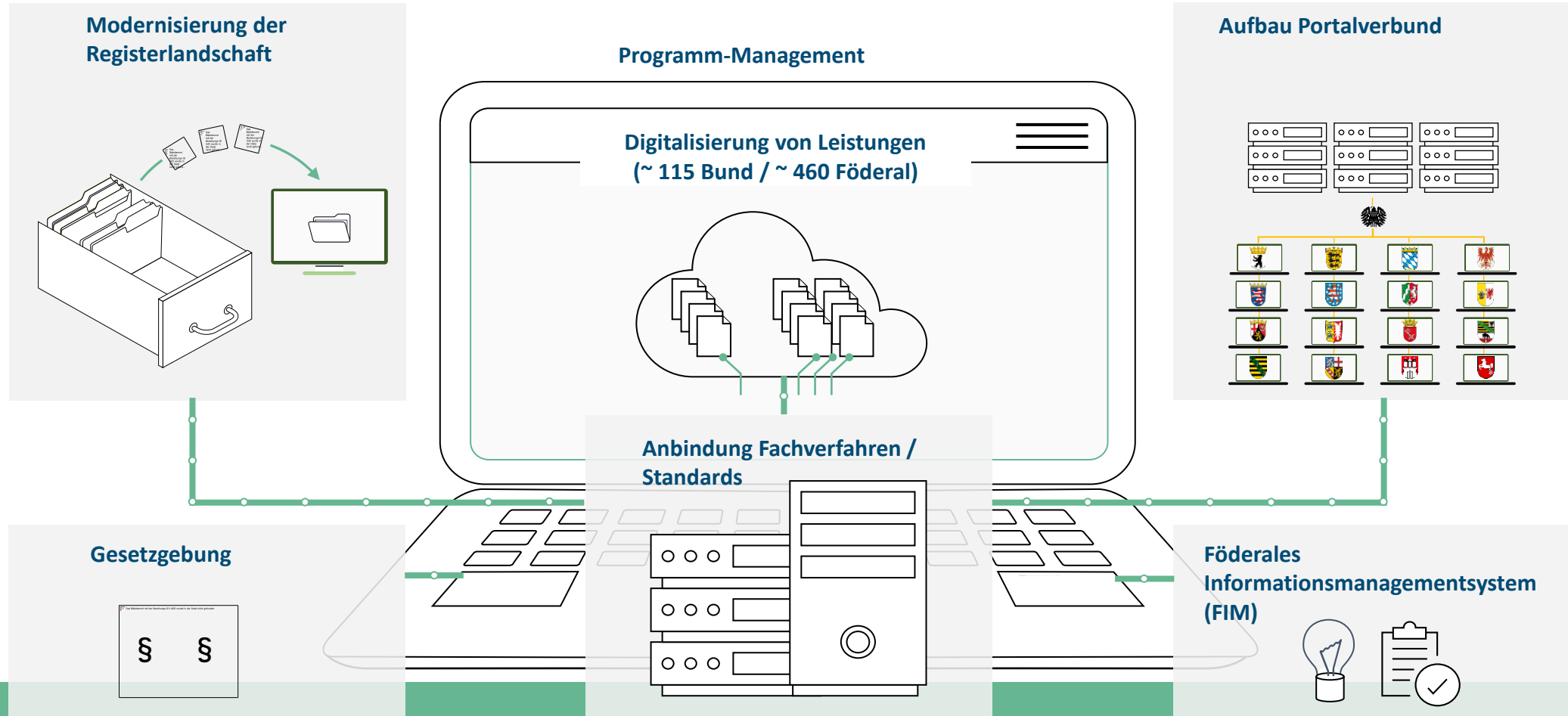
Gemeinsam Digitalisierung gestalten

Die Digitalisierung der deutschen Verwaltung kann nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen.

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass das gut und schnell funktioniert!



Enges Zusammenspiel aller Bereiche



OZG-Infrastruktur auf einen Blick

Verwaltungsportal Bund

Zentrale Digitalisierungsplattform für alle Bundesbehörden

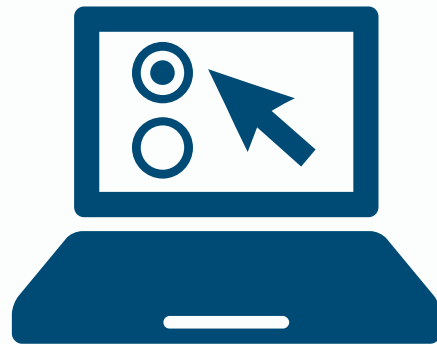
Vorteile: Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit, IT-Sicherheit und Datenschutz

Livegang noch in 2020 vorgesehen

Portalverbund

Bereitstellung nutzerfreundliche Komponente Suchen & Finden

Ziel: Anbindung aller Länder bis Frühjahr 2021



Nutzerkonto Bund

Erste Fachverfahren online seit Sommer 2020

Stetige Weiterentwicklung: neue Funktionalität

Ausblick: eIDAS-Konformität, Einbindung ELSTER & Anbindung weiterer Fachverfahren, Interoperabilität der Nutzerkonten

Wesentliche Regelungsinhalte des OZG



Online-Services

Bis Ende 2022 sind alle Verwaltungsleistungen auch online bereitzustellen.



Nutzerkonten

Nutzerinnen und Nutzer müssen für sich für alle Leistungen im Portalverbund mit einem Nutzerkonto einheitlich identifizieren können.



Portalverbund

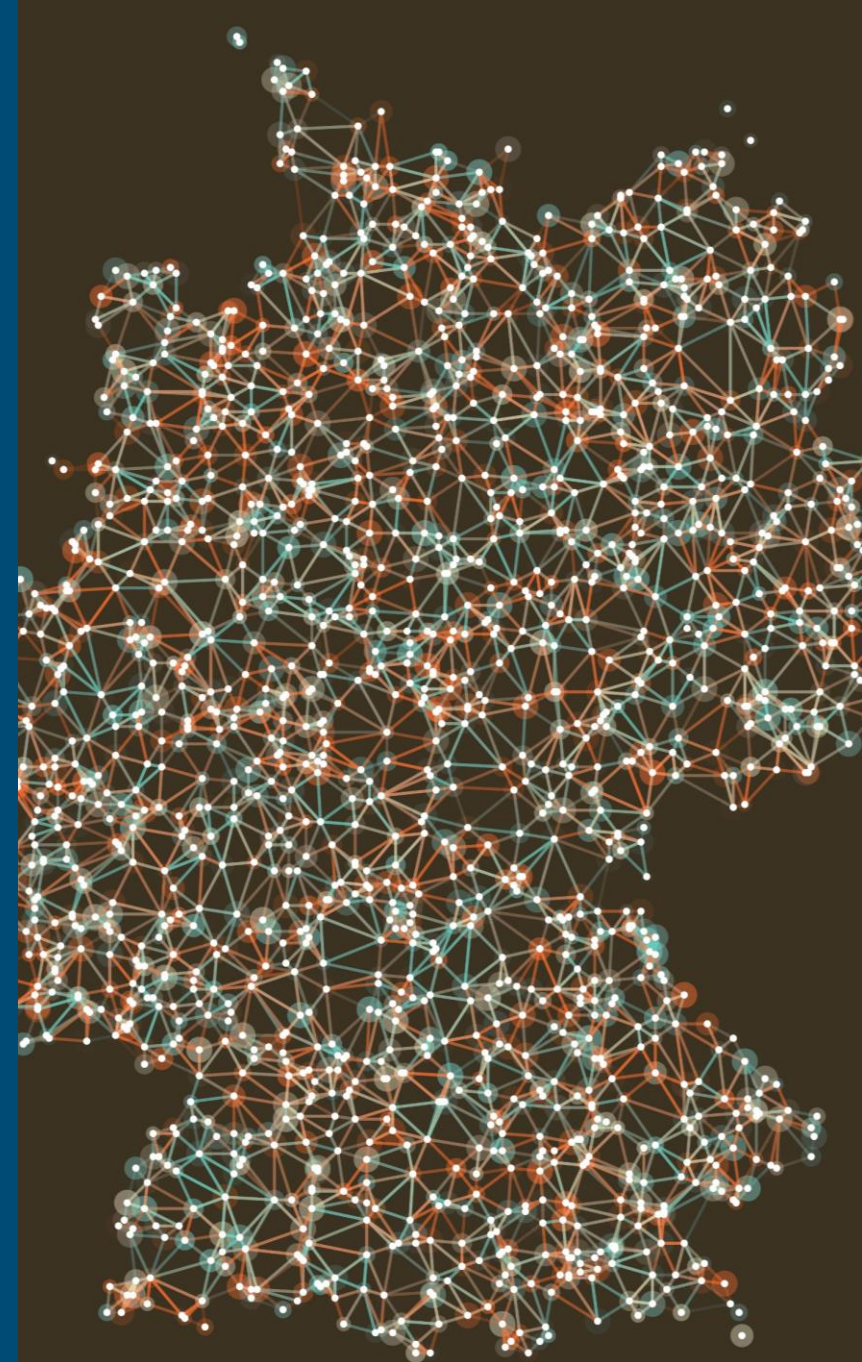
Bund und Länder müssen ihre Portale zu einem übergreifenden Portalverbund verknüpfen.



Standards

Der Bund erhält die Möglichkeit, Vorgaben für IT-Anwendungen, Basisdienste sowie Standards für Schnittstellen und Sicherheitsvorgaben zu machen.

Portalverbund



Berücksichtigung multilateraler Anforderungen

Für eine erfolgreiche Digitalisierung müssen Anforderungen aus verschiedenen Richtungen berücksichtigt werden

Vorgaben aus Gesetzen, Verordnungen und Beschlüssen

- OZG § § 4 – 6
- SDG-Verordnung
- IT-PLR Beschluss 2018/40

- Nachnutzung
- Anbieterunabhängigkeit

Wirtschaftliche Gründe



Erwartungen und Zufriedenheit

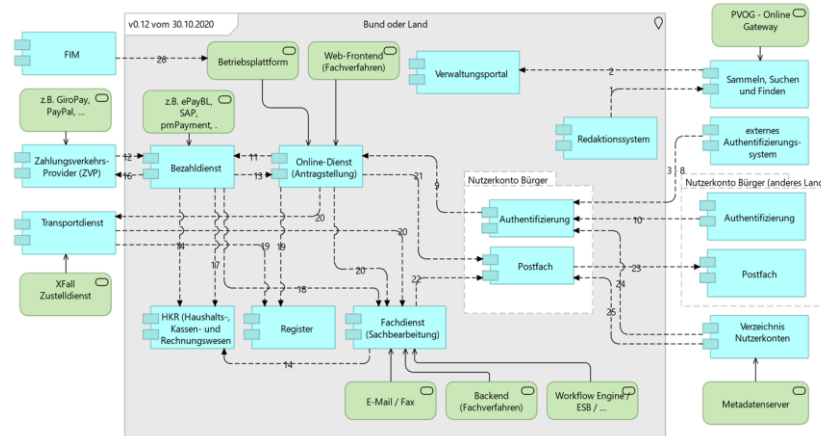
- Bürgerinnen und Bürger
- Organisationen / Unternehmen
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

- Investitionsschutz
- Kapazitäten der Behörden

Betrieb der Behörden

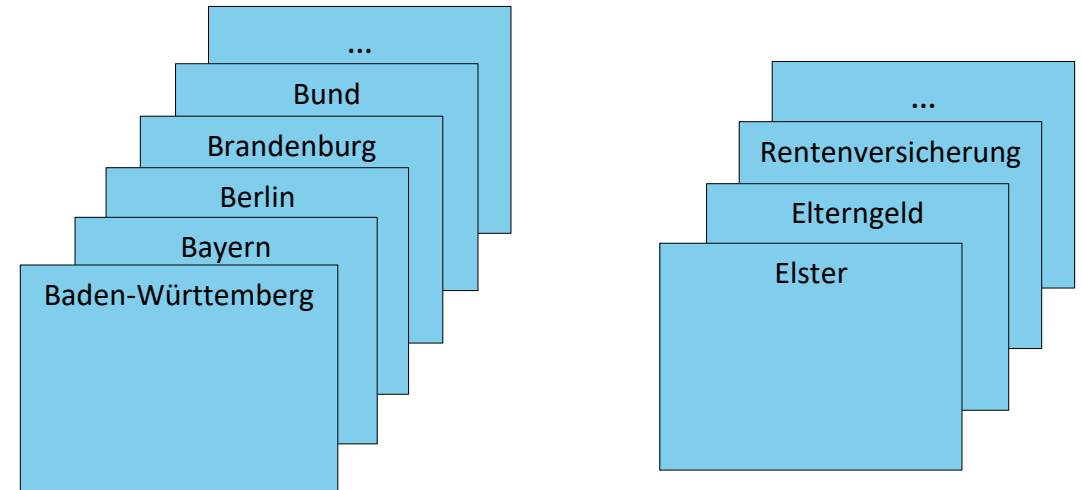
Interoperabilität durch Standardisierung

Landkarte eines Portals



Aktuell gibt es 26 verortete Kommunikationsbeziehungen - es sind noch nicht alle Basisdienste konzipiert!

Portalverbund



Diese 26 Kommunikationsbeziehungen existieren in 16+1 Verwaltungsportalen *und* den Einer-Für-Alle-Themenportalen sowie Fachportalen von Behörden!

Verwaltungsportal Bund („Bundesportal“)



Livegang Bundesportal erfolgte im Dez. 2020

Für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen

Ebenenübergreifend: ein Portal für alle Verwaltungsleistungen deutscher Behörden

Nutzerfreundlich: intuitive Nutzerführung durch einheitliche Leistungsbeantragung

Zeit- & kostensparend: komplett digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen



Für Behörden

Verbesserte Auffindbarkeit: Verwaltungsleistungen werden ohne Wissen über Zuständigkeiten gefunden

Geringerer Aufwand: Bundesbehörden können digitale Verwaltungsleistungen bereitstellen, ohne eine eigene technische Infrastruktur aufbauen zu müssen; Anbindung an Nutzerkonto Bund erledigt die Bundesdruckerei während des Integrationsprozesses

Das Bundesportal



Vision

Das Bundesportal ist das **Portal des Bundes im Portalverbund**, über das Bürger und Unternehmen einen einfachen Zugang zu allen **Informationen und Verwaltungsleistungen** von Bund, Ländern und Kommunen erhalten.

Mission

Auch für EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger ist das Bundesportal zentraler Einstiegspunkt zu den nationalen Verwaltungsleistungen und setzt die **Single Digital Gateway Verordnung** um.

Ziele

Nutzerzentriert:
Zukunftsfähig:
Effizient:

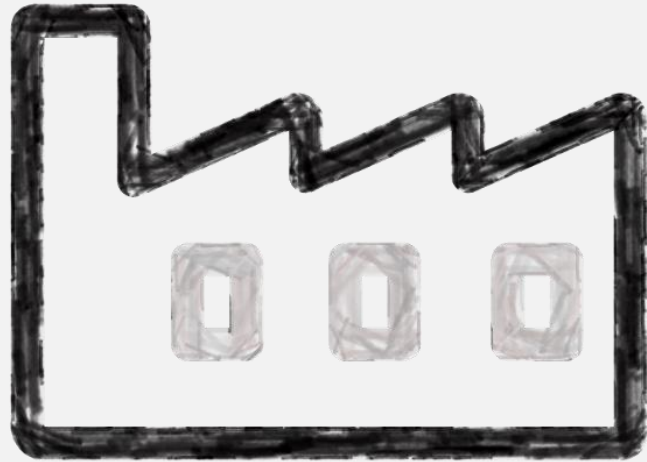
Intuitive Nutzerführung ohne Medienbrüche
Entwicklung nach innovativen Standards und Technologien
Effiziente Integration von Online-Leistungen

Methode

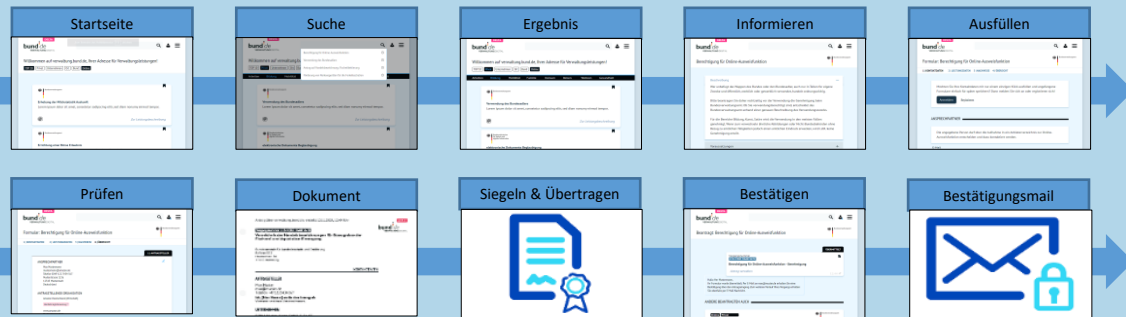
Agiler Entwicklungsansatz

- bindet alle Stakeholder von Idee bis Umsetzung ein
- erlaubt auf Anforderungen flexibel zu reagieren
- schafft **schnelle, für den Bürger nutzbare Ergebnisse**

Die Fertigungsstraße



- ✓ Fertigungsstraße umfasst Methoden und Werkzeuge für standardisierte / automatisierte Digitalisierung
- ✓ Fachliches Angebot des Digitalisierungsprogramms des Bundes („all-inclusive“)
- ✓ Fachbehörde konzentriert sich auf Fachprozesse und fachlichen Input
- ✓ Agile Interaktion zwischen Fachbehörde und den Umsetzenden der Bundesdruckerei
- ✓ Effizient, standardisiert, kostengünstig, state-of-the-art



Nutzerkonto Bund



Identifizierungsmittel für Vertrauensniveau „hoch“

Sicher, schnell und einfach mit der **Online-Ausweisfunktion** des Personalausweises und elektronischen Aufenthaltstitels

- 01** **Flächendeckender Einsatz** der Personalausweise mit Online-Ausweisfunktion seit 01. November 2020
- 02** **Smartphone statt Lesegerät** für eine denkbar einfache Nutzung
- 03** **Personalausweis im Smartphone** ohne Ausweiskarte in naher Zukunft möglich



9-Punkte-Plan **Schwerpunkte**

1 Datenpolitik wirksam gestalten

2 Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärken

3 Elektronische Identität etablieren

4 Digitale Verwaltungsleistungen ausbauen (OZG)

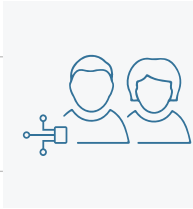
5 Verwaltung und verwaltungsinterne Dienste modernisieren

6 Digital Innovation & Transformation Hub etablieren

7 Digitale Kompetenzen fördern

8 Digitale Souveränität Deutschlands und Europas sichern

9 Cyber-Sicherheitsarchitektur in Deutschland stärken



Digitale Gesellschaft und
Cyber-Sicherheit in Deutschland
und Europa



Digitale Verwaltung



Cyber-Sicherheit und
Souveränität als Kernaufgaben
des Bundes-CIO

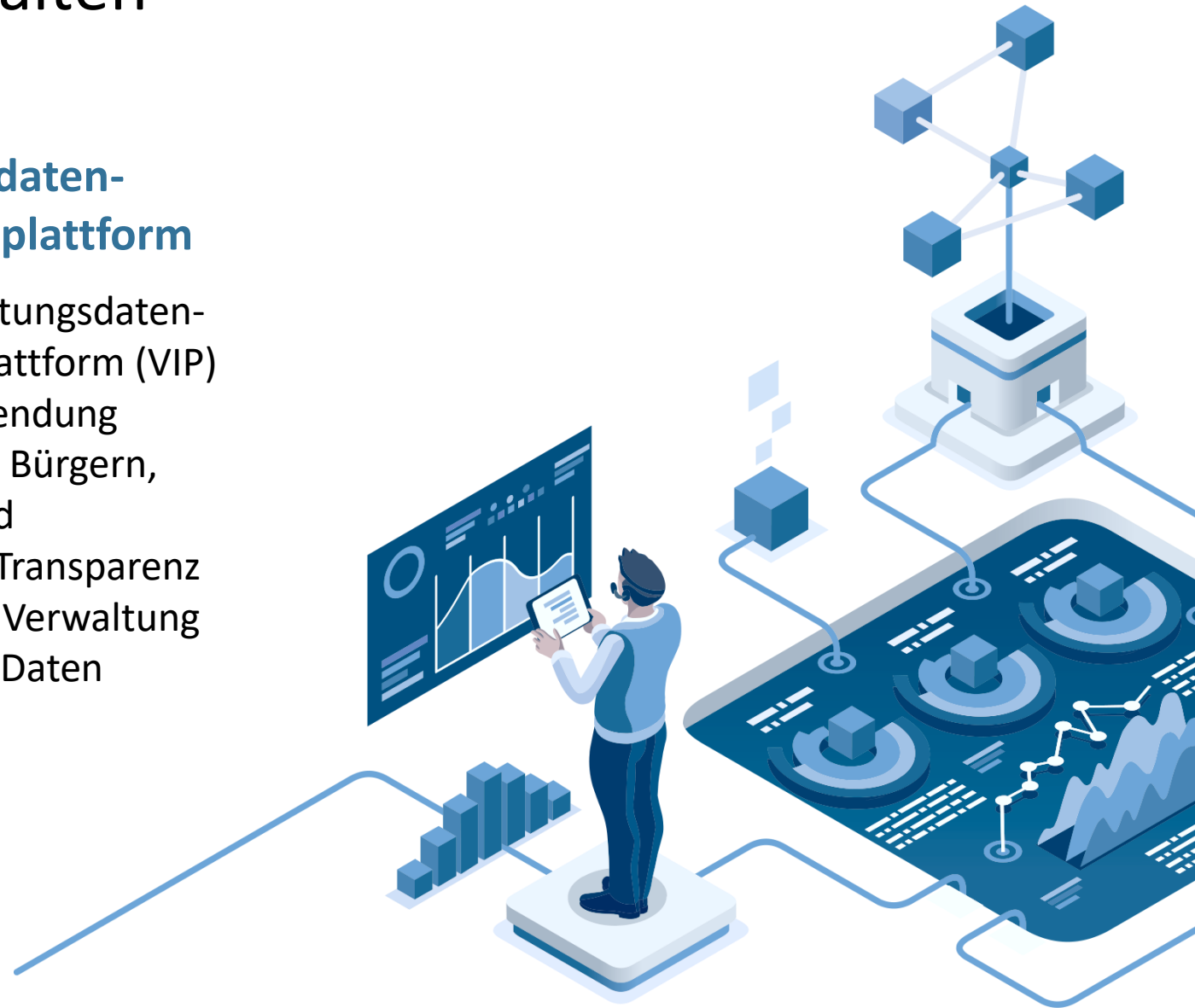
1 Datenpolitik wirksam gestalten

Dashboard Deutschland

Es wird ein innovatives Datenportal entwickelt, das der breiten Öffentlichkeit den einfachen und strukturierten Zugriff auf hochaktuelle und hochfrequente finanz- und wirtschaftspolitische Daten ermöglicht.

Verwaltungsdaten- informationsplattform

Mit der Verwaltungsdaten-
informationsplattform (VIP) wird eine Anwendung geschaffen, die Bürgern, Verwaltung und Unternehmen Transparenz über die in der Verwaltung vorgehaltenen Daten ermöglicht.



2 Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärken

IT-Sicherheitskennzeichen

Das neu zu entwickelnde IT-Sicherheitskennzeichen dient Verbraucherinnen und Verbrauchern als transparentes Informationskriterium für die Einhaltung klar definierter Cybersicherheitsanforderungen.

Berlin Declaration on Digital Society

Mit der Zeichnung der „Erklärung zur digitalen Gesellschaft“ (Arbeitstitel) durch die zuständigen EU-Minister sollen sich die EU Mitgliedsstaaten in 5 Handlungsfeldern für das Gelingen einer wertebasierten, digitalen Transformation auf Basis unserer gemeinsamen europäischen Grundwerte einsetzen.



3 Elektronische Identität etablieren

Benutzerfreundlichkeit eID

Möglichst alle Bürgerinnen und Bürger sollen künftig den Online-Ausweis im Alltag aktiv für die Identifizierung im Internet verwenden – egal ob er im Personalausweis, im elektronischen Aufenthaltstitel oder in der eID-Karte für EU-Bürger¹ sowie Angehörige des EWR integriert ist.

Mit dem eID-Programm wird der Online-Ausweis von Nutzungshindernissen befreit, in die Breite gebracht, mit spürbarem Vorteil für alle verbunden und gemeinsam mit den Stakeholdern und dem eID-Netzwerk (BK, BMWi, bürgerservice.org u. a.) verbreitet.

Neue Anwendungsbereiche eID

Mit der Maßnahme wird die Voraussetzung geschaffen, dass sich die eID als Identifizierungskomponente auf dem Smartphone – ganz ohne Ausweiskarte – im normalen Geschäftsgang etablieren kann. Zudem werden in Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Wirtschaft neue Anwendungsbereiche im täglichen Wirtschaftsverkehr erschlossen.



¹ Einführung zum 1. November geplant: www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/entwurf-vo-einfuehrung-eid-karte-fuer-unionsbuerger.html

4 Digitale Verwaltungsleistungen ausbauen (OZG)

Bundesportal

Über das Bundesportal können Bundesbehörden digitale Verwaltungsleistungen bereitstellen, ohne eine eigene Infrastruktur aufbauen zu müssen. Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen wird auf diese Weise ein einfacher und lebensnaher Zugang zu den Online-Verwaltungsleistungen des Bundes ermöglicht. Durch die Anbindung an den Portalverbund sind im Bundesportal darüber hinaus auch die Verwaltungsleistungen der Länder und Kommunen auffindbar.

Nutzerkonto Bund

Mit dem Nutzerkonto Bund für Bürgerinnen, Bürger und Organisationen wird eine sichere Identifizierungs- und Authentifizierungskomponente für alle digitalen Verwaltungsleistungen angeboten. Einmal beim Nutzerkonto Bund registriert, können sich Nutzerinnen und Nutzer gegenüber allen deutschlandweit verfügbaren Online-Leistungen authentisieren.

Produktivsetzung Bundesleistungen OZG

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet die Bundesverwaltung dazu, alle Verwaltungsleistungen bis 31.12.2022 digital anzubieten. Die Digitalisierung der vom Bund angebotenen Leistungen erfolgt hierbei nach Prioritätsgruppen. Bis Ende 2021 werden die Leistungen der ersten Prioritätsgruppen größtenteils digitalisiert und zugänglich gemacht sein.

Produktivsetzung föderale Leistungen OZG

Entsprechend zu den Regelungen für die Bundesverwaltung müssen bis 31.12.2022 auch alle föderalen Leistungen digitalisiert sein. Der Bund unterstützt die Länder bei der Umsetzung dieser Anforderung durch Koordination und das Schaffen geeigneter Rahmenbedingungen.



5 Verwaltung und verwaltungsinterne Dienste modernisieren (1/2)

Bundescloud

Die Bundescloud ist die moderne Betriebsplattform der IT-Konsolidierung und stellt standardisierte, automatisierte, schnell skalierbare und sichere Cloud-Angebote für die Bundesverwaltung in den drei Master-Rechenzentren des Bundes in Deutschland bereit. Sie vereinfacht den Betrieb von Fachverfahren, Basis- und Querschnittsdiensten.

E-Rechnung

Ziel der Maßnahme ist die Einführung der elektronischen Rechnung in der Bundesverwaltung auf Basis der EU-Richtlinie 2014/55/ EU. Hierzu sind bereits zwei Anwendungen verfügbar, mit denen Rechnungen von Unternehmen an den Bund digital eingereicht und von der Verwaltung an standardisierten Referenzprozessen bearbeitet werden können. Ab 27. November 2020 sind Rechnungssender des Bundes zur elektronischen Rechnungseinreichung verpflichtet.

Digitale VS-Kommunikation

Mit Abschluss der Maßnahme wird eine Netzinfrastruktur und Hard- und Software-Ausstattung bereitstehen, mit der die Information und Kommunikation für Verschlussachen ressortübergreifend geschützt und leistungsfähig erfolgen kann.

Methoden-Toolbox

Die Toolbox wird Behörden einen umfassenden Instrumentenbaukasten bieten, der sie bei der durchgehenden Digitalisierung (vom Antrag bis zum Bescheid) von Prozessen (insb. mit OZG-Relevanz) methodisch unterstützen soll. Der Baukasten enthält Komponenten zur methodischen wie auch zur praktischen Unterstützung.



5 Verwaltung und verwaltungsinterne Dienste modernisieren (2/2)

Pilotierung Bundesclient

Es wird ein Service Bundesclient entwickelt, der die Anforderungen der Bundesverwaltung bündelt und einen standardisierten IT-Arbeitsplatz für rund 300.000 Beschäftigte der unmittelbaren Bundesverwaltung bereitstellen wird. Der Service wird ein Komplettpaket aus Hardware, Software und Serviceleistungen umfassen.

E-Akte

Im Rahmen der Maßnahme soll die Einführung der E-Akte-Bund in der Bundesverwaltung erreicht werden.

Backbone des Portalverbundes

Im Rahmen der Maßnahme werden die Rechenzentren des Portalverbundes mittels des Kerntransportnetzes des Bundes miteinander gekoppelt. Daten im Portalverbund können dann entkoppelt vom Internet und damit hochverfügbar transportiert werden und sind von außen nicht angreifbar.



6 Digital Innovation & Transformation Hub etablieren

Mit dem Digital Innovation & Transformation Hub (kurz Innovation Hub Verwaltung) wird eine Plattform zum nachhaltigen Aufbau eines lebendigen Innovations-Ökosystems geschaffen, das Silos aufbricht, indem es alle relevanten Stakeholder zusammenbringt und Innovation aus der Verwaltung für die Verwaltung vorantreibt.



7 Digitale Kompetenzen fördern

Es soll eine Digitalakademie eingerichtet werden, die die Digitalisierung der Bundesverwaltung durch umfassende Fortbildungsaktivitäten vor allem im Online-Bereich unterstützen soll. Die Digitalakademie soll in Räumlichkeiten umgesetzt werden, in denen agile Arbeitsweisen anfassbar und erlebbar werden.



8 Digitale Souveränität Deutschlands und Europas sichern

Schaffung Zentrum Digitale Souveränität

Bislang finden Open Source-Lösungen nur vereinzelt Einsatz in der Öffentlichen Verwaltung. Die zeitnahe Schaffung organisatorisch-struktureller Grundlagen über eine eigens hierfür zu errichtende Institution (Arbeitstitel „Zentrum für Digitale Souveränität“) soll die langfristige Verfügbarkeit alternativer und zukunftsfähiger Open Source-Anwendungen sicherstellen. Ziel ist die Nutzbarmachung leistungsfähiger und skalierbarer Lösungen als Alternative zu den aktuellen Architekturen.



9 Cyber-Sicherheitsarchitektur in Deutschland stärken

Cybersicherheits-Strategie 2021

Mit Abschluss einer neuen Cyber-Sicherheitsstrategie wird ein strategischer Rahmen für alle Aktivitäten der Bundesregierung mit Bezügen zur Cyber-Sicherheit gespannt.

Konzeption CISO des Bundes

Konzeption eines Cybersicherheitsbeauftragten für die IT des Bundes mit den notwendigen Kompetenzen und Durchgriffsrechten, um noch stärker auf ein angemessenes und wirksames Informationssicherheitsmanagement in der Bundesverwaltung hinwirken zu können.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Dr. Markus Richter

str@bmi.bund.de

www.onlinezugangsgesetz.de

